

Niederschrift

Sitzung des Ortsbeirates Südstadt

Sitzungstermin: Donnerstag, 05.05.2022
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:15 Uhr
Sitzungsort: Festsaal Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Anwesend

Vorsitz

Kristin Schröder DIE LINKE.PARTEI

reguläre Mitglieder

Dr. Stefan Posselt	SPD	online
Martin Karsten	CDU/UFR	
Diana Maria Handy	CDU/UFR	
Ulrike Jahnel	CDU/UFR	
Dr. Johannes Kalbe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dr. Marie-Luise Raasch	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Rainer Tredup	DIE LINKE.PARTEI	
Marko Diekmann	SPD	
Dr. Sybille Bachmann	Rostocker Bund	
Thomas Koch	AfD (fraktionslos)	

Verwaltung

Peter Neumann Ortsamt Mitte
Ramona Scheffler

Gäste: Herr Bockhahn – Bockhahn

Herr Müller - Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft

Herr Hortig-Delaunay | Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft

Herr Nath - Amt für Mobilität

Herr Müller – CKS Bau und Projektentwicklung GmbH

Herr Patzer - Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Friedhofswesen

Herr Schmeil - Amt für Umwelt- und Klimaschutz

Herr Vollrath – Klinikum Südstadt Rostock

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

Wichtiger Hinweis: Zur Teilnahme an der Sitzung gelten weitere Hinweise, die den Anlagen zur Sitzung zu entnehmen sind.

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 07.04.2022
- 4 Wünsche und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner
- 5 Protokollkontrolle
- 6 Anträge
- 7 Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplan Schulcampus Groter Pohl
- 8 Umwidmung der Schwaaner Landstraße in eine 30 km/h Fahrradstraße
- 9 Beschlussvorlagen
- 9.1 Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 BauGB für das Bauvorhaben (Bauantrag): "Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses - Hotel, Mikroappartements (180 WE), Nahversorger, Parkhaus" Rostock, Erich-Schlesinger-Str. 31, 32, 33, 34; Az.: 00947-21
- 10 Baumaßnahmen am Kringelgrabenpark
- 11 Bauanträge
- 11.1 Umbau der Geburtsstation, Rostock Südring 81
- 12 Anträge zum OBR-Budget
- 13 Informationsvorlagen
- 14 Informationen der Ortsbeiratsvorsitzenden

2022/BV/3171
ungeändert beschlossen

- 15 Informationen der Ortsamtsleitung
- 16 Bericht der Ausschüsse
- 17 Verschiedenes
- 18 Schließen der Sitzung

Protokoll

Öffentlicher Teil

Wichtiger Hinweis: Zur Teilnahme an der Sitzung gelten weitere Hinweise, die den Anlagen zur Sitzung zu entnehmen sind.

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Schröder eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die Einladung ist allen Ortsbeiratsmitgliedern frist- und formgerecht zugegangen. Der Ortsbeirat ist um 18:00 Uhr mit 11 von 11 Mitgliedern beschlussfähig. Herr Dr. Posselt nimmt online an der Sitzung teil.

2 Änderung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungen zur Tagesordnung vor, somit ist diese einstimmig genehmigt.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 07.04.2022

Der Ortsbeiratsvorsitzenden und dem Ortsamt sind keine schriftlichen Einwendungen fristgemäß eingegangen, somit gilt die Niederschrift als einstimmig genehmigt. Dem Ortsamt ist jedoch ein Hinweis durch das Bauamt gegeben worden. In der Sitzung vom 07.04.2022 wurde die Frage gestellt, im TOP 9.1 Umbau des Zentralen Omnibusbahnhofs zum barrierefreien ZOB die Frage, ob öffentliche WC-Anlagen geplant sind. Diese Frage wurde bejaht. Der Hinweis des Bauamtes hierzu lautet: Die Antwort auf die Frage des OBR nach öffentlichen Toiletten ist nicht korrekt protokolliert. Mit dem Bauvorhaben wird kein Gebäude geplant bzw. errichtet. Das bestehende Gebäude wird von dem aktuellen Bauantrag nicht berührt. Es ist nicht Antragsbestandteil. In dem Gebäude befinden sich Toiletten. Eine öffentliche Toilette ist dies nicht.

4 Wünsche und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgerin äußert sich zu dem Bürgerbeteiligungsverfahren zum B-Plan-Verfahren am Groten Pohl. Sie äußert den Vorschlag, einen runden Tisch mit Moderation durch die Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung mit Vertretern des Ortsbeirates und der Verwaltung einzuberufen. Ortsbeirat habe in hierzu eine Empfehlung abgegeben.

Frau Schröder entgegnet, dass die Bürgerschaft den Beschluss gefasst hat, dass der Grote Pohl bebaut wird. Die Begründung des Beirates sagt aus, dass die Information der Einwohnerinnen und Einwohner in den Ortsbeiratssitzungen stattfanden, dies jedoch mit nicht ausreichender Beteiligung. Eine zusätzliche Veranstaltung wäre eher kontraproduktiv, da die bereits laufenden Verfahren behindert würden.

Frau Bachmann ergänzt, der Ortsbeirat hat den Beschluss gefasst, eine informelle Beteiligung durchzuführen. Ein weiteres Gremium zu bilden ist nicht erforderlich, um eine Entscheidung zu fassen, ob gebaut wird oder nicht. Man könne zwar Ideen in das Verfahren einbringen. Hierzu wird allerdings ein Planungsstand benötigt, welcher momentan fehlt.

Herr Dr. Posselt ergänzt, dass der Vorschlag einen runden Tisch zu bilden sei willkommen, allerdings nur mit einer öffentlichen Durchführung. Das Ziel darf dabei nicht sein, das Verfahren auszubremsen, sondern die Bevölkerung breitflächig zu informieren, wie der Planungsstand ist. Hierzu hatte der Ortsbeirat von anderthalb Jahren die Verwaltung beauftragt, eine Veranstaltung zur Planung der Bebauung des Groten Pohl durchzuführen.

Herr Müller ergänzt, zu diesem seit 10 Jahre laufenden Verfahren sind bereits Kosten entstanden und mehrere Bürgerschaftsbeschlüsse, mit mehreren Statements aller Fraktionen in der Bürgerschaft. Der Kompromiss wäre, eine Veranstaltung unter Federführung der Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung, nicht in eigener Initiative. Der Zweck sollte sein, eine gemeinsame Zielsetzung zu erreichen. Die Verwaltung hat den Auftrag, einen Bebauungsplan zügig aufzustellen. Die Initiativen würden einen Neustart bevorzugen. Hier gehen die Erwartungen zu sehr auseinander.

5 Protokollkontrolle

Frau Schröder informiert, es gebe noch keine Rückmeldungen von Kaufland hinsichtlich der Reinigung

Des Weiteren es noch keine Rückmeldung von Lidl hinsichtlich auf die Treppe.

Zur Aufstellung der Skulpturen im Bereich Südstadt gab es noch keinen Kontakt zu Frau Dr. Selling. Frau Schröder wird den Kontakt zwischen dem Sozialausschuss und Frau Buchmann herstellen.

6 Anträge

7 **Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplan Schulcampus Groter Pohl**

Frau Schröder begrüßt Herrn Bockhahn, Herrn Müller und Herrn Hortig-Delaunay und bittet um Ausführungen zur Vorstellung des Vorhabens.

Herr Müller führt kurz in die Thematik ein. Die gezeigte Präsentation liegt der Niederschrift bei.

Herr Bockhahn bedankt sich für die Einladung und führt zum Thema aus:

- Errichtung des Sportplatzes mit Turnhalle wie in Planungen vorgesehen
- komplexe Fragestellung zur Anzahl der Klassen- und Fachräume sowie Anzahl der zu beschulenden Kinder
- beide Standpunkte der Jena-Plan-Schule sind sanierungsbedürftig
- geplant ist eine 3-zügige Schule (3 Klassen in jeder Klassenstufe)
- inklusive Bedarfe der Schüler, d.h. Barrierefreiheit, Räumlichkeiten für ergotherapeutische Maßnahmen
- 3-Feld-Turnhalle notwendig, aber kleiner Sportplatz
- Kapazität für 750-900 Schulkinder
- weitere Herausforderung: Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung
- Fertigstellung soll deutlich vorgezogen werden, hierzu auch das gesonderte B-Plan-Verfahren

Frau Schröder bedankt sich für die Ausführung und fragt, was mit der Moschee passieren wird, die sich auf dem Gebiet befindet und ob die geplante Kita umgesetzt wird?

Herr Bockhahn beantwortet, es werde keine geplante Kita umgesetzt werden, da der Kita-Bedarfsplan keine Bedarfe ausweist.

Herr Müller ergänzt, dass den Beteiligten, wie dem Islamische Bund, bewusst ist, dass eine Übergangslösung gefunden werden muss.

Frau Schröder fragt, ob es Abstimmungen zwischen dem Architektenbüro und dem K.O.E. gibt, der für den Bau von Schulen und Kitas in Rostock verantwortlich ist.

Herr Bockhahn beantwortet, die Schule wird durch den K.O.E. gebaut und mit dem Planungsbüro zusammenarbeiten, welches momentan noch nicht feststeht.

Eine Bürgerin fragt, ob mit der Errichtung des neuen Gebäudes die alten Standorte aktuell bleiben. Mit den bestehenden Schulen entsteht eine relativ hohe Dichte an Einrichtungen. In der St.-Georg-Schule konnte in der Vergangenheit bereits nicht immer die Klassenstärke erreicht werden. Hierzu hatte der Elternrat für den Erhalt der Schule kämpfen müssen. Nun ist nicht ganz nachvollziehbar, dass eine weitere Schule eröffnet wird.

Herr Bockhahn antwortet, die zukünftige Entwicklung wird geprüft. Die Notwendigkeit wird 2026 durchaus bestehen. Die St.-Georg-Schule hat die Klassenstärke erreicht.

Frau Dr. Bachmann fragt, ob der interkulturelle Garten und Moschee in dem Gebiet des vorgezogenen B-Plans berücksichtigt wird. Falls es möglich ist, die Grenze des vorgezogenen B-Plans erweitern.

Herr Bockhahn antwortet, dies wird momentan nicht geplant. Die Beteiligten könnten unterschiedliche Interessen äußern, die das Verfahren alles andere als beschleunigen würde.

Herr Müller ergänzt, nur weil der eine Bebauungsplan vorgezogen wird, bleibt ein anderer nicht liegen.

Frau Schröder erfragt den Zeitplan für das Vorhaben.

Herr Müller antwortet, er würde in Anbetracht des Abstimmungsergebnisses auf einen förmlichen Aufstellungsbeschluss verzichten, um schnellstmöglich in Abstimmung mit dem Sozialsenator, K.O.E. und Planungsbüro einen Entwurf vorstellen zu können.

Frau Schröder schlägt vor, Herrn Bockhahn zum Ende des Jahres bzw. zum ersten Quartal 2023 zur Ortsbeiratssitzung einzuladen.

Frau Dr. Bachmann begrüßt die Entscheidung von Herrn Müller, auf den Aufstellungsbeschluss zu verzichten.

Frau Schröder lässt den Ortsbeirat über den Verzicht auf Aufstellungsbeschluss abstimmen.

Herr Bockhahn fasst das Gesagte kurz zusammen. Dem Ortsbeirat ist angezeigt worden, dass die Stadt beabsichtigt, einen Jena-Plan-Schulcampus zu errichten. Hierzu ist zur Vorbereitung die Informationsvorlage öffentlich zugänglich gemacht worden. Auch der Umgang mit den bereits bestehenden Schulen ist dieser Vorlage zu entnehmen. Es kommt zu einem gesonderten B-Plan-Verfahren, dem der Ortsbeirat zugestimmt hat. Trotzdem wird es immer die Bürgerbeteiligung geben.

Eine Bürgerin erfragt den Zeitpunkt der Kündigung der Moschee. Dies wird durch Herrn Bockhahn beantwortet, dass es genau um derartige Fragestellungen bei den anstehenden Prozessen handle.

Frau Schröder bittet, um rechtzeitige Informationen durch den Fachbereich. Entscheidungen der Presse entnehmen zu müssen, wäre hier ungünstig.

Beschluss: Der Ortsbeirat stimmt dem Verzicht auf Aufstellungsbeschluss zu.

Abstimmung:

Dafür:	11
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	X
Abgelehnt	

8 Umwidmung der Schwaaner Landstraße in eine 30 km/h Fahrradstraße

Frau Schröder begrüßt Herrn Nath zur online-Teilnahme.

Herr Nath bedankt sich für die Einladung und führt zu dem Vorhaben aus. Die gezeigte

Präsentation liegt der Niederschrift bei.

Es handelt sich um ein Modellvorhaben, dass ab 2023 für ein Jahr als Verkehrsversuch gemäß § 45 Abs. 1 StVO durchgeführt werden soll. Die Strecke beträgt ca. 1000 m mit einem Verkehrsaufkommen von ca. 1500 Fahrzeugen täglich. Ziel ist es, den Autofahrer zu motivieren, alltägliche Wege mit dem Fahrrad zu bestreiten.

Gekennzeichnet wird die Fahrradstraße mit entsprechender Kennzeichnung und vorheriger Aufpflasterung, um Geschwindigkeit der Kfz zu reduzieren. Es sind begleitende Verkehrskontrollen geplant.

Frau Schröder fragt, wie Anlieger kontrolliert werden und wer als Anlieger bezeichnet wird.

Herr Nath antwortet, nach StVO wird als Anlieger bezeichnet, wer ein Anliegen hat, d.h. wer dort wohnt oder jemanden dort besuchen möchte. Die Kontrolle ablegt natürlich der Polizeibehörde.

Frau Dr. Bachmann macht darauf aufmerksam, dass Modellversuche nur Sinn ergeben, wenn das Modell im Nachhinein auch umsetzbar ist. Das Beispiel Fahrradstraße in der Langen Straße zeigt bereits, dass es rechtlich nicht umsetzbar ist. Des Weiteren kann es bei Unfällen zum Ausweichen von Autofahrern kommen.

Herr Nath antwortet, der Modellversuch soll zeigen, wie man Verkehre lenken kann, bspw. nur landwirtschaftlichen Verkehr freizugeben usw. Der Mehrgewinn entsteht natürlich erst, wenn genügend Autofahrer auf das Rad umsteigen, da man erkennen muss, wie schnell man sich mit dem Rad in der Innenstadt befindet.

Grundsätzlich ist die Umwidmung möglich. Die juristische Prüfung wird während des Vorgangs durchgeführt. Nach der StVO ist es aber legitim, einen Versuch durchzuführen, der im Nachhinein evaluiert wird.

Frau Dr. Bachmann gibt den ausdrücklichen Hinweis, ein Modellversuch ist nicht sinnvoll, wenn man die rechtlichen Möglichkeiten nicht vorher geprüft hat. Die politische Blamage ist groß, einen Modellversuch nur seiner selbst wegen durchzuführen.

Frau Janel erfragt die Kosten zu dem Modellversuch.

Herr Nath antwortet, es handle sich erst einmal um einen groben Entwurf. Der Umwelt- und Bausenator hat den Kontakt zur Gemeinde Papendorf hergestellt, die sich auch an dem Modellversuch beteiligen würde, da ein Interesse besteht. Alles in allem ist eine Fahrradstraße günstiger, als einen neuen Radweg daneben zu bauen.

Herr Prof. Methling äußert sich als stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde Papendorf. Herr Mathäus hat der Gemeinde das Vorhaben vorgestellt. Die Gemeindevertretung unterstützt dieses Vorhaben, da die Verkehrsberuhigung als Vorteil erkennbar ist. Auch der Zustand der Straße spricht hierfür. Ein neuer Radweg wäre sehr teuer, von daher ist der Modellversuch vertretbar.

Herr Diekmann erfragt, welche Möglichkeiten der Regelung es für Kleingartenanlagen gibt.

Herr Nath antwortet, die Regelung beginnt mit Beschilderung „Anlieger frei“. Als Kleingärtner hat man ein Anliegen.

Herr Diekmann entgegnet, ein Nachweis über das Anliegen wäre praktisch schwer nachvollziehbar. In der Praxis würde die Aussage, man wäre als Kleingärtner unterwegs, jedem

Autofahrer das Passieren ermöglichen.

Herr Nath antwortet, rechtlich gesehen ist dem so. Dieses Problem wäre dann aber auf allen bisherigen Anlieger-frei-Straßen der Fall.

Herr Dr. Posselt sagt, man muss die Fahrradstraße im Kontext sehen. Der Ortsbeirat hat die Stadt beauftragt, Radwege zu bauen. Hier entsteht allerdings ein Kostenproblem, weshalb eine Fahrradstraße günstiger sein kann. Zu beachten ist natürlich die verkehrliche Belastung durch Pendlerverkehr zu Peak-Zeiten. Eine Ausweichstraße zu verhindern, ist die Aufgabe. Außerdem muss Wert auf die Öffentlichkeitsarbeit gelegt werden, bspw. sollten die Vorstände der KGAs informiert werden, dass sich die Kleingärtner darauf einstellen können.

Herr Dr. Posselt fragt zum Ersten, ob die bauliche Auflastung in Richtung Sildemow nach dem eventuell gescheiterten Modellversuch bestehen bleiben wird und zum Zweiten, auf welche Weise das Projekt evaluiert wird.

Herr Nath antwortet, die Auflastung wird temporär geschaffen.

Sicherheit für den Radfahrer ist schwer greifbar. Hierzu wird es Fragebögen der Universität Rostock geben. Sollten sich die Radfahrer nicht sicherer fühlen, würde dies eine 30 km/h Zone befürworten, bei der sich der Radfahrer unterordnen muss. Die Sicherheit des Radfahrenden hat jedoch Priorität.

Frau Schröder ergänzt, dass die Schwaaner Landstraße vom Tunnel bis zum Ausgangsbereich 30er-Zone war, sich bis heute in einem desolaten Zustand befindet und sanierungsbedürftig ist. Der Ortsbeirat stimmt dem zeitlich begrenzten Modellversuch zu, jedoch wäre ein Radweg teurer, aber zielführender.

Frau Dr. Bachmann äußert den Eindruck, dass man auf die Idee der Fahrradstraße immer dann aufkommt, wenn man kein Geld zur Straßensanierung hat. Von dem Verkehrsaufkommen von ca. 1500 Fahrzeugen müssen Anlieger, also Bewohner, Kleingärtner und Kunden des Recyclinghofes, subtrahiert werden. Die Frage ist, ob das restliche Aufkommen durch eine 30er-Zone geregelt werden kann. Grundsätzlich kann man nicht über eine Vorlage zustimmen, wenn nicht grundsätzliche Fragen geklärt sind. Zu beantwortende Fragen sind z.B. die Rechtslage nach dem Modellversuch, die zu erwartenden Kosten sowie die Verkehrsführung bei Unfällen oder geplanten Bauvorhaben.

Frau Dr. Bachmann fragt, warum zum Beispiel in der Langen Straße, im Ortsteil Stadtmitte, sich Kfz-Fahrer und Radfahrer die Straße teilen, in der Schwaaner Landstraße jedoch nur Anlieger erlaubt sind.

Herr Nath antwortet, es handelt sich um eine andere Sachlage, da sich in Innenstadtbereich Gewerbe, Parkhäuser und Anwohner befinden. Die Fahrradstraße dient auch dazu, die aktuellen Verkehrsregeln, die dort nicht eingehalten werden, konsequent durchzusetzen. In der Langen Straße darf nicht überholt werden, weil der Seitenabstand nicht ausreicht. Hauptvorteil ist allerdings die Verkehrsberuhigung.

Frau Schröder lässt den Ortsbeirat über die Umwidmung der Schwaaner Landstraße abstimmen.

Beschluss: Der Ortsbeirat befürwortet die Umwidmung der Schwaaner Landstraße zu einer 30 km/h Fahrradstraße.

Abstimmung:

Dafür:	10
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	X
Abgelehnt	

9 Beschlussvorlagen

9.1 Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 BauGB für das Bauvorhaben 2022/BV/3171 (Bauantrag): "Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses - Hotel, Mikroapartements (180 WE), Nahversorger, Parkhaus" Rostock, Erich-Schlesinger-Str. 31, 32, 33, 34; Az.: 00947-21

Frau Schröder begrüßt Herrn Krüger von der CKS Bau und Projektentwicklung GmbH und führt in die Thematik ein.

Herr Krüger bedankt sich für die Einladung und stellt das Bauvorhaben vor. Hierbei handelt es sich um ein multifunktionales Gebäude.

- Lage auf dem Parkplatzes der Stadthalle
- erste Vorstellung Ende 2019
- Abstimmungsbedarf bei der Zuwegung, Stadthalle weiter funktional
- Parkhaus mit öffentlichen Stellplätzen,
- Hotel mit 114 Zimmern, 180 vollmöblierte Mikro-Apartments
- Bauantrag bereits gestellt, mit Genehmigung in den nächsten Wochen wird gerechnet
- beschreibt Lage des Gebäudes und Zufahrten

Frau Janel äußert Bedenken hinsichtlich der Verkehrssituation.

Frau Schröder informiert über die geplante Ampelanlage.

Frau Janel äußert Zweifel, ob die Verkehrssituation richtig begutachtet worden ist.

Herr Dr. Posselt merkt an, dass der Bauausschuss nicht getagt hat. Die Bauunterlagen sind durch einzelne Ausschussmitglieder gesichtet worden. Er bittet, die Parkplatzplanung noch einmal zu überdenken, da Eltern-Kind-Parkplätze nur zur Hälfte in erster Reihe zu finden sind.

Herr Krüger nimmt den Hinweis zur Kenntnis. Zur Parkplatzsituation muss gesagt werden, dass am Kesselborn ein Parkhaus entstehen soll.

Frau Schröder lässt den Ortsbeirat über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss: Der Ortsbeirat befürwortet die Beschlussvorlage einstimmig.

Beschlussvorschlag:

Das Einvernehmen der Gemeinde für das Bauvorhaben (Bauantrag): „Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses – Hotel, Mikroappartements (180 WE), Nahversorger, Parkhaus“ Rostock, Erich-Schlesinger-Str. 31, 32, 33, 34; Az.: 00947-21 wird erteilt.

Abstimmung:

Dafür:	11
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	X
Abgelehnt	

Frau Schröder gibt dem Ortsbeirat einen Antrag zur Informationsvorlage 2022/IV/3135 „Alternativer Parkplatz für Gästefans des F.C. Hansa Rostock“ zur Kenntnis. Aufgrund der Situation auf dem Parkplatz. Diese würde sich durch den vorgestellten Neubau und die Stadthalle anspannen. Das Tiefbauamt befürwortet die Errichtung eines Parkhauses.

Hierzu hat Frau Schröder einen Antrag formuliert und verliest diesen.

Der Antrag soll schnellstmöglich in der Bürgerschaftssitzung behandelt werden. Da die Antragsfrist für die Sitzung am 11.05.2022 bereits überschritten ist und die Dringlichkeit des Antrages nicht begründet wird, wird der Antrag zur Bürgerschaftssitzung am 22.06.2022 behandelt.

Parkhausneubau am Hauptbahnhof

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, schnellst möglich die Realisierung eines Parkhauses auf der Fläche 2750/ 69, mit der Parkhausgesellschaft Rostock zu verhandeln. Hier sehen der Ortsbeirat sowie das Tiefbauamt eine realistische Stellplatzgröße von bis zu 400 Parkplätzen realisierbar.

Stellungnahme:

Wir nehmen Bezug auf die Informationsvorlage 2022/IV/3135, in der sich das Tiefbauamt auf die Parkraumerweiterung im Bereich der Südstadt bezieht. Der Ortsbeirat begrüßt die Stellungnahme der Verwaltung sehr. Der Parkplatzdruck von Seiten der Stadthalle, Hansafans, Pendelverkehr, Post sowie Nordex Mitarbeiter ist enorm. Sowie die bevorstehende Weiterentwicklung des Kesselbornparks wird es eine zeitnahe Entwicklung geben. Um die jetzt schon bestehenden Bedarfe aufzufangen, sieht der OBR dieses Vorhaben als sehr wünschenswert an.

Frau Schröder lässt den Ortsbeirat über den Antrag abstimmen.

Dafür:	10
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Angenommen	X
Abgelehnt	

Beschluss: Der Ortsbeirat stimmt für den Antrag.

10 Baumaßnahmen am Kringelgrabenpark

Frau Schröder begrüßt Herrn Herr Patzer und Herrn Schmeil und bittet um Ausführungen.

Herr Patzer bedankt sich für die Einladung und gibt Übersicht über die bereits erreichten Ergebnisse sowie die Planung der kommenden Maßnahmen.

Der Leitfaden für öffentliche Parkwege ist vorgestellt worden. Es wurde eine Methodik entwickelt, um den Wegezustand und damit verbundene Priorisierung und Kostenbedarfe zu ermitteln. Die Kosten für die Baumaßnahmen hinsichtlich des gesamten Stadtgebiets würden sich auf einen siebenstelligen Betrag belaufen, wobei der Kringelgrabenpark priorisiert worden ist. Herr Patzer führt zu den durchgeführten Maßnahmen aus. Die gezeigte Präsentation liegt der Niederschrift bei.

Frau Schröder bedankt sich sowohl für die Ausführung als auch die erzielten Ergebnisse an sich und fragt, warum der Verbindungsweg zwischen Tychsenstraße und Majakowskistr. nicht berücksichtigt worden ist.

Herr Patzer antwortet, für den Plattenweg mit Beleuchtung ist das Tiefbauamt zuständig, da es sich um einen Erschließungsweg, nicht um einen Parkweg handelt.

Frau Schröder beauftragt Frau Scheffler, den Sachverhalt aufzunehmen und dem Tiefbauamt zuständigkeitshalber zukommen zu lassen.

Herr Tredup informiert, der entsprechende Weg ist bereits saniert worden. Ob die Maßnahme als abgeschlossen gilt, sollte beantwortet werden.

Frau Schröder erfragt die Kostenhöhe für den Bauabschnitt 5.

Herr Patzer schätzt 300.000,- €.

Herr Karsten erfragt geplante Beleuchtung

Konzept zur Beleuchtung von öffentlichen Parkanlagen. Grundsätzlich besteht die Pflicht der Kommune in öffentlichen Erschließungsanlagen die Beleuchtung vorzuhalten. Parkanlagen gehören nicht unbedingt zu Erschließungsanlagen, von daher gibt es keine gesetzliche Verpflichtung, eine Beleuchtung anzubieten. Das Konzept sieht allerdings vor, in einzelnen Fällen wie z.B. Angsträumen beleuchten zu können. Dies muss die Stadtverwaltung entscheiden.

Herr Dr. Posselt ergänzt, dass der Kringelgrabenpark nicht zu den Angsträumen zählt. Er macht auf das Stadtteilstfest am 25.08.2022 aufmerksam und bittet, eine zeitliche Kollision mit den Baumaßnahmen auszuschließen.

Herr Patzer gibt Auskunft über das rechtliche Verfahren und schließt einen Baubeginn vor dem Herbst 2022 aus. Es konnte leider keine Verkehrssicherheit bei der Bastion festgestellt werden. Hier ergeben sich 2 Lösungen, entweder die Bastion zu sperren oder sie abzutragen und neu aufzubauen. Es ist eine Bestandserfassung erstellt worden, in der der Eins-zu-Eins-Wiederaufbau detailliert aufgenommen wurde, bspw. Materialien. Die Bastion wird im zweiten Halbjahr abgetragen werden. Somit ist die Sicherheit erst einmal gegeben und es entsteht eine freie Fläche, die im Rahmen der geplanten Teichentschlammung genutzt werden kann. Im Jahr 2023 wird die Planung des Wiederaufbaus beendet sein. Der Mittelbedarf beträgt momentan 235.000,- €. Nach der Entschlammung wird die Bastion dann wieder aufgebaut.

Herr Schmeil führt zur geplanten Teichentschlammung aus. Aus wasserwirtschaftlicher und ökologischer Sicht, gibt es keinen Handlungsbedarf. Dennoch hat sich durch jahrezehntelang ausgebliebene Maßnahmen und das Fließverhalten des Kringelgrabens allenthalben abgelagert. Dies ist 2021 untersucht worden. Vorhanden sind 2000 m³ Schlamm, die einen hohen organischen Gehalt aber keine Schadstoffe aufweisen, was eine landwirtschaftliche Nutzung möglich macht. Dies würde allerdings eine Planung voraussetzen.

Die Entschlammung soll im Jahr 2023 durchgeführt werden. Die Kosten werden auf 250.000,- € geschätzt.

Herr Karsten fragt, ob das Problem mit der Geruchsbelästigung noch besteht.

Herr Schmeil antwortet, hier gibt es derartige Probleme nicht.

Frau Schröder fragt, wie ausgehoben werden soll, wo der Schlamm gelagert werden soll und ob es es zu einer großen Geruchsbelästigung kommen wird.

Herr Schmeil antwortet, diese Fragen sind Gegenstand der Planung. Diese Planung ist notwendig, da der Prozess einer derartigen Entschlammung bspw. nicht mit der Entsorgung von Sperrmüll zu vergleichen ist.

11 Bauanträge

Frau Schröder löst vorab die Diskussion aus der letzten Sitzung auf, nach einem langen Gespräch mit Frau Gründel vom Bauamt hat sich herausgestellt, dass die Unterlagen unterhalb der für den Ortsbeirat eigentlich abzustimmende Bauvorhaben unter 500.000,- € liegt. Das Bauamt hat die Unterlagen zur Sichtung zur Verfügung gestellt, sodass der Ortsbeirat über die Baumaßnahmen informiert ist. Dies bedeutet für den Ortsbeirat eine formale Empfehlung abzugeben, also Meinungen auszutauschen und auch abzustimmen, so dass Bauamt eine Rückmeldung erhalten kann.

11.1 Umbau der Geburtsstation, Rostock Südring 81

Frau Schröder löst vorab die Diskussion aus der letzten Sitzung auf, nach einem langen Gespräch mit Frau Gründel vom Bauamt hat sich herausgestellt, dass die Unterlagen unterhalb der für den Ortsbeirat eigentlich abzustimmende Bauvorhaben unter 500.000,- € liegt. Das Bauamt hat die Unterlagen zur Sichtung zur Verfügung gestellt, sodass der Ortsbeirat über die Baumaßnahmen informiert ist. Dies bedeutet für den Ortsbeirat eine formale Empfehlung abzugeben, also Meinungen auszutauschen und auch abzustimmen, so dass Bauamt eine Rückmeldung erhalten kann.

Herr Vollrath bedankt sich für die Einladung und führt zur Thematik aus. Die gezeigte Präsentation liegt der Niederschrift bei.

- Anbau eines Modulbaus mit Herzkatheterlabor im Erdgeschoss und Hybrid-OP-Saal im ersten Obergeschoss
- Neubau der Küche und Erweiterung der Notfallambulanz befinden sich in der Rohbauphase
- Umgestaltung des Bereichs mit Entbindungsstation, Gyn-Station und Kreis-saal ist schon lange geplant
- Angebot von Familienzimmer ist geplant

Frau Schröder stellt fest, dass sich die Wege für Schwestern aufgrund Aufhebung

der Stationsteilung verlängern.

Herr Vollrath antwortet, das Problem ist bekannt. Deshalb wird der Stationstresen mittig angeordnet.

Frau Schröder lässt den Ortsbeirat abstimmen.

Beschluss: Der Ortsbeirat befürwortet das Bauvorhaben.

Abstimmung:

Dafür:	11
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

12 Anträge zum OBR-Budget

Es liegen keine Anträge vor.

13 Informationsvorlagen

14 Informationen der Ortsbeiratsvorsitzenden

Frau Schröder informiert den Ortsbeirat, dass die nächste Sitzung wieder im SBZ Südstadt stattfinden wird. Es handelt sich um eine Präsenzsitzung.

Es werden Helfer für Folkemøde-Veranstaltung gesucht.

Frau Dr. Bachmann schätzt die Veranstaltung als nicht zielführend. Es können keine hohen Besucherzahlen erwartet werden, da erfahrungsgemäß die Besucher für die zeitgleich Hanesail entscheiden werden.

Frau Schröder informiert zum Parkplatz in der Ziolkowskistraße, welcher umgewidmet wurde. Der Parkplatz soll zum 13.05.22 fertiggestellt sein.

Frau Jahnel erfragt die geplante Situation der Glascontainer in der Ziolkowskistraße.

Frau Schröder schlägt vor, die Auskunft bei der Stadtentsorgung einzuholen, ob Veränderungen mit den Glascontainern in der Ziolkowskistraße geplant sind, in welchem Bereich diese zukünftig zu finden sein werden.

Frau Schröder weist darauf hin, dass für jedes Ortsbeiratsmitglied die Möglichkeit besteht, ein stellvertretendes Mitglied durch die Fraktion zu benennen und durch die Bürgerschaft in den Ortsbeirat berufen lassen.

15 Informationen der Ortsamtsleitung

Der Ortsbeirat entscheidet, den Bericht der Ortsamtsleitung aufgrund der vorangeschrittenen Zeit als Email zu empfangen.

Das Tiefbauamt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock plant, das Brückenbauwerk im Zuge der Rennbahnallee über die Gleise der DB AG durch einen Ersatzneubau zu ersetzen. Der aktuelle Bauwerkszustand, das Bauwerksalter sowie die eingeschränkte Brückenklasse ohne Überführung von Schwerlasttransporten machen zwingend und zeitnah einen Ersatzneubau erforderlich.

Es ist derzeit vorgesehen, das Bauwerk von Herbst 2025 bis Frühjahr 2027 abzureißen und neu zu bauen. Aufgrund der Konstruktion des Bestandsbauwerkes ist eine halbseitige Bauweise nicht möglich, d.h. das Bauwerk muss in einem Zug abgerissen und anschließend neu gebaut werden. Die Errichtung einer Straßenbehelfsbrücke ist aufgrund der Dammlage der Rennbahnallee nördlich des Bauwerkes, der örtlichen Topologie mit beidseitigen Böschungen auf der Nordseite sowie aufgrund des Altbaumbestandes sowie der Bahntrasse und des Zooweges nicht möglich. Somit wird eine Vollsperrung der überführten ÖPNV- Trasse mit Straßenbahn und Bus als auch der Straße für die Bauzeit erforderlich. Der Straßenverkehr wird über die innerstädtischen Straßen Trotzenburger Weg, Kopernikusstraße, Schillingallee, Dethardingstraße, Parkstraße und Satower Straße umgeleitet. Für den ÖPNV- Verkehr werden seitens der RSAG Ersatzverkehre angeboten, sodass an den Haltestellen „Zoo“ und „Neuer Friedhof“ wochentags Busse im 20- Minuten- Takt während der gesamten Bauzeit verkehren.

Die Errichtung einer bauzeitlichen Fußgängerbehelfsbrücke wurde seitens des Tiefbauamtes in Bezug auf verschiedene Aspekte geprüft. In Auswertung und Würdigung aller Aspekte ist die Errichtung einer Fußgängerbehelfsbrücke nicht genehmigungsfähig. Insbesondere die kritische Prüfung des Sachverhaltes durch die untere Naturschutzbehörde im Hinblick auf die für eine bauzeitliche Behelfsbrücke erforderlichen Baumfällungen des Altbaumbestandes hat ergeben, dass die Umwelteingriffe nicht genehmigungsfähig sind. Die erforderlich werdenden Baumfällungen erfordern die Betrachtung aller möglichen Alternativen zum Schutz des Altbaumbestandes. Im vorliegenden Fall stellen die Umleitung für Fußgänger und Radfahrer über Tiergartenallee, Dr. Lorenz-Weg und Satower Straße sowie das ÖPNV- Angebot zumutbare Alternativen dar, um auf zusätzliche Baumfällungen für einen bauzeitlichen Behelf und somit auch die Fußgängerbehelfsbrücke selbst zu verzichten. Weitere gewichtige Faktoren gegen eine Fußgängerbehelfsbrücke sind die sehr geringen Verkehrszahlen für Fußgänger und Radfahrer, die längere Bauzeit und damit längere Vollsperrungsdauer von Straße und ÖPNV- Trasse beim Bau einer Fußgängerbehelfsbrücke als auch die höheren Kosten für die Stadt.

Seitens des Vorhabenträgers, des Tiefbauamtes der Hanse- und Universitätsstadt Rostock wird der aktive Planungsprozess mit der Entwurfsplanung fortgesetzt und weitere erforderliche Abstimmungen mit sämtlichen Betroffenen wie Rostocker Zoo, Verkehrsbehörde, RSAG und DB Netz AG durchgeführt.

16 Bericht der Ausschüsse

Frau Schröder gibt entsprechende Hinweise zur Ausschussarbeit.

Dem Bauausschuss gehören an:

- Frau Jahnel als Vorsitzende,

- Frau Dr. Bachmann,
- Herr Dr. Posselt,
- Herr Diekmann
- Herr Koch.

Dem Sozialausschuss gehören an:

- Frau Dr. Raasch als Vorsitzende
- Frau Handy
- Herr Tredup
- Herr Karsten
- Herr Dr. Kalbe

Die Vorsitzenden möchten sich bitte per Email oder telefonisch zu Ausschusstermine verständigen.

Frau Schröder erfragt stattgefundene Ausschusssitzungen.

Frau Dr. Raasch führt als Vorsitzende des Sozialausschusses zur letzten Sitzung aus.

1. Informationen zum Stadtteilisch am 03.05.2022

Erneut wurde von der stellvertretenden Hortleiterin der Juri Gagarin Schule vorgetragen, dass eine Überbelegung der zur Verfügung stehenden Kapazität an Hortplätzen vorliegt. Der Hort befindet sich in der AWO Kita Rappelkiste. Das Problem wurde schon dem Schulamt vorgestellt. Eine Unterstützung steht aus. Die Situation geht zu Lasten der Erzieherinnen und Erziehern, der zu betreuenden Kinder und der Eltern.

Die Mitglieder des Ausschusses J/S/K stimmen darin überein, dass mehr Themen zur Bildung und Sozialem im Ortsbeirat mit Ansprechpartnern/Gästen aus der Politik besprochen werden sollen.

2. Stadtteilfest 27.08.2022

Auf Grund der heutigen umfangreichen Tagesordnung auf der Ortsbeiratssitzung soll die nächste OBR-Sitzung am 02.06.2022 genutzt werden, um sich über die Mitwirkung am Stadtteilfest abzustimmen.

17 Verschiedenes

Herr Tredup informiert über verschieden Sachverhalte:

- Richtfest zum Schulgebäude in der Semmelweißstraße
- der Weg Kringelgrabenpark zur Don-Bosco-Schule ist fertiggestellt

Herr erfragt den Sachstand zur Überdachung der Haltestelle der Buslinie 26 in Richtung Stadtmitte sowie die Papierkörbe.

Frau Scheffler antwortet, die RSAG ist durch das Ortsamt angeschrieben worden. Es ist keine Rückmeldung eingegangen.

Herr Tredup informiert, das Büro der Nachbarschaftshilfe ist eröffnet. Hier besteht die

wöchentliche Möglichkeit, einen Computerfachmann anzusprechen. Des Weiteren hat sich ein Rechtsanwalt zur ehrenamtlichen Beratung vorgestellt.

Herr Diekmann stellt fest, dass die Informationsvorlage zum Kleingartenkonzept zu einer Beschlussvorlage geworden ist. Er erfragt, den Zeitpunkt, wann diese durch die Ortsbeiräte behandelt werden soll.

Frau Scheffler antwortet, hier gibt es noch keine Information.

18 Schließen der Sitzung

Frau Schröder schließt die Sitzung um 21:15 Uhr. Die kommende Sitzung wird am 02.06.2022 im SBZ Südstadt stattfinden.

X

Kristin Schröder
Vorsitzende

X

Peter Neumann
Schriftführer